

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 6. April 2024

Sozialausgaben laufen aus dem Ruder

Wolfgang Steiger

bestärkt Finanzminister Lindner darin, die Schuldenbremse gegen Widerstand aus der Koalition zu verteidigen und das Land wieder auf den Wachstumspfad zu führen.

In der Haut von Christian Lindner möchte derzeit kaum jemand stecken. Einerseits muss der Finanzminister immer neue Ausgabewünsche der Ressorts abwehren und die Schuldenbremse gegen die Ampelpartner verteidigen. Andererseits muss er als FDP-Vorsitzender den Anspruch haben, unser Land wieder auf den Wachstumspfad zu führen.

Unstreitig sind höhere Investitionen in Infrastrukturen, für Verteidigung, Digitalisierung oder Bildung extrem wichtig. Hier besteht ein enormer Investitionsstau. Aber die Vergangenheit hat gezeigt, dass Haushaltsspielräume vor allem für neue konsumtive Ausgaben genutzt worden sind und eben gerade nicht für Zukunftsinvestitionen. Die Schuldenbremse zwingt die Politik, ihre Ausgaben besser zu priorisieren, und sorgt für eine nachhaltige Haushaltspolitik.

In den letzten 15 Jahren hat unser Staat seine Steuereinnahmen in Rekordhöhen gesteigert. Trotzdem ist die Infrastruktur immer weiter heruntergekommen. Das zeigt deutlich, dass es für Teile der Politik attraktiver ist, heute soziale Geschenke zu verteilen, als übermorgen die Früchte von Investitionen zu ernten.

Deutschland wurde atemberaubend schnell wieder zum kranken Mann Europas heruntergewirtschaftet. Nicht nur energieintensive Unternehmen können hierzulande kaum noch wettbewerbsfähig



Der Gastautor ist Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU. Der unternehmerische Berufsverband vertritt mehr als 12 000 Mitglieder.

produzieren. Folglich häufen sich die Hiobsbotschaften namhafter Unternehmen, die ihre Produktion ins Ausland verlagern müssen. Längst müssten alle Alarmglocken schrillen, unternehmensfreundliche Standortbedingungen zum Hauptziel dieser Bundesregierung werden. Dazu müssen wir aufholen bei Bürokratielast, Fachkräftebasis, Infrastruktur und Digitalisierung. Ganz besonders die hohen Energiekosten und Unternehmenssteuern gilt es mindestens bis auf den Durchschnitt von OECD und EU zu senken.

Kapitalgesellschaften trifft eine Gesamtbesteuerung von rund 30 Prozent, etwa 50 Prozent mehr als in den meisten OECD- und EU-Ländern. Noch düsterer sieht es für Personengesellschaften aus, bei denen der individuelle Einkommensteuersatz greift. Diese hohe Steu-

er- und Abgabenlast ist verheerend für die Wettbewerbsfähigkeit. Spielraum für Steuersenkungen gibt es nur, wenn dafür wachstumsschädliche Sozialgeschenke der Ampel wieder eingesammelt werden: Konkret die Rücknahme der Bürgergeldhöhung, damit Arbeit wieder attraktiver wird sowie die konsequente Überprüfung der Arbeitsbereitschaft erwerbsfähiger Empfänger durch gemeinnützige Tätigkeiten. Allein das sind zehn bis zwölf Milliarden Euro Einsparung. Darüber hinaus bräuchte der Verzicht auf die Kindergrundsicherung weitere Milliarden. Dickstes Brett wäre die Rücknahme früherer Rentengeschenke, denn mittelbar ist auch die Rentenkasse über den Bundeszuschuss mit dem Bundeshaushalt verbunden. Allein Grund- und Mütterrente schlagen mit rund 20 Milliarden Euro jährlich zu Buche, zudem die ebenfalls milliardenteure „Rente mit 63“.

Deutschland hat durchaus Spielraum für Steuersenkungen. Mit Rekordsteuereinnahmen von 916 Milliarden Euro hat es kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem. Die Lösung für die vermeintliche Haushaltsnot liegt damit auf der Hand: Der Bund muss endlich seine Ausgaben priorisieren und die aus dem Ruder gelaufenen Sozialausgaben wieder einfangen. Hieran sollte Christian Lindner als FDP-Vorsitzender den Fortbestand der Ampelkoalition knüpfen.